

30. Ratstreffen: Bausteine für eine Nachhaltigkeitsstrategie für Hamburg

Einführung

Vor genau 10 Jahren (8.4.97):

Senat an Bürgerschaft: Kommunale Agenda 21 Hamburg, Sachstandsbericht. (72 Seiten)

„Agenda 21-Prozess in Hamburg“; *Auftaktveranstaltung* (3 Foren: Klimaschutz, Produktion und Konsum, Lebensraum Stadt),

S.9 Projektorientierung < *Zitat* >

Aktionsprogramm „Hamburger Behörden zur Kommunalen Agenda 21 Hamburg“: 99 Projekte; 102 Projekte gesellschaftlicher Akteure.

August 1998

Stellungnahme des Senats auf ein Ersuchen der Bürgerschaft zur Lokalen Agenda 21 in Hamburg. (18 Seiten)

3 neue Schwerpunkte: S.2

- Umsetzung der Nachhaltigkeit auf die wesentlichen Schutzgüter des Umweltschutzes, dazu Handlungsziele und Beurteilungsmaßstäbe (>Kursbuch Umwelt)
- Kooperation mit Initiativen und Herausgabe einer Zeitung als Forum der Agenda 21-Bewegung (> Nachhaltigkeitskonferenzen)
- Zusammenführen von Ansätzen in anderen Politikfeldern (Entwicklungszusammenarbeit, Stadtentwicklung, soziale Stadterneuerung, Wirtschaftspolitik) (> interbehördlicher Arbeitskreis; Nachhaltigkeitskonferenzen)

August 2001 (Senatsmitteilung „Lokale Agenda 21 Hamburg“) 4 Seiten

S.2 < *Zitat* > :Zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien gibt es drei Ansätze

- prozesshaften, ergebnisoffenen partizipativen Ansatz (> ZR, bezirkliche Agenda-Prozesse, interbehördlicher AK, entwicklungspolitischer Beirat)
- den exemplarischen, einzelne Projekte betrachtenden Ansatz

(selbstkritische Auswertung der bisherigen Projektorientierung:

< S. 4 (1) (2) *Zitate* >

(„Der materielle Beitrag der Projekte für eine zukunftsfähige Entwicklung kann nur im Rahmen fixierter Ziele, Handlungsstrategien und Indikatoren für eine zukunftsfähige Entwicklung bewertet werden....)

- den systematischen Ansatz in Form der Entwicklung klarer und konkreter Zielsetzungen.

< S.4 (3) *Zitat* >

(„Die Zielorientierung und Messbarkeit einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung... (S.4)) - Das war 2001

Seitdem neue Regierung, 2002: Leitbild qualitativ wachsende Stadt, Nachhaltigkeitsrhetorik, 2004 CDU:

„Das Prinzip der Nachhaltigkeit wird zentral verankert und soll in allen Politikfeldern angemessene Berücksichtigung finden.“

Aber keine Strategie,

Aber 2005 Monitor wachsende Stadt mit einem Indikatoren-Katalog zur „Sicherung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Stadt“

Da sind wir nun: Projekte (wie nun wieder bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung), abstrakte Ziele und einige Indikatoren im Monitor und auch im HEINZ,

aber keine systematischen *Nachhaltigkeitsziele*, keine Umsetzung solcher Ziele in Politik, keine Steuerung aufgrund der Indikatoren – zumindest keine öffentliche – , keine zielorientierten Maßnahmen.

Dabei geht es vorab auch um die Frage: Ist Nachhaltigkeit eigentlich ein Partikularinteresse, das gegen andere, z.B. Wachstumsinteressen, abgewogen werden muss, also wie die CDU es sagt, nur „angemessen“ berücksichtigt werden muss. Oder ist Nachhaltigkeit / Zukunftsfähigkeit eigentlich die übergreifende Vision, das moderne Gemeinwohl, das die Partikularinteressen mit einander in eine Balance bringt und auf die Zukunftstauglichkeit hin orientiert ? Ich meine: letzteres

Genau darum geht bei einer Nachhaltigkeitsstrategie: um Zielsetzung, Messinstrumente, Politiksteuerung im Rahmen einer Nachhaltigkeitsvision

Vorbilder: BReg, Schleswig-Holstein, die das Problem der Überkomplexität eines umfassenden Nachhaltigkeitsbegriffs über Leitbilder, Unterziele, Schwerpunkte bzw. Zukunftsfelder kleinarbeiten.

Was verspreche ich mir von einer N-Strategie für Hamburg ? Was soll die Strategie leisten? :

- Bewusstsein, Verständnis für „Nachhaltigkeit“ als umfassender Vision zur Zukunftssicherung, als modernes „Gemeinwohl“ und nicht als ein Partikularinteresse von Umweltaposteln. Es geht um den weiten Blick nach vorne, in die Zukunft, und zur Seite, in die Regionen, die unter unserem Lebensstil, Ressourcenverbrauch, Energieverschwendung, Klimagefährdung zu leiden haben.

Konkreter:

- die wichtigen Zukunftsthemen und ihre Behandlung (*Klima*, Endlichkeit fossiler Ressourcen, Demographie, Energie...)
- Ermittlung von Politikfeldern, in denen die Nachhaltigkeits-Balance (Wirtschaft, Ökologie, Soziales) gestört erscheint (Armut-Reichtums-Schere, Desintegration der Stadtteile, Bildungsprobleme / Integrationsprobleme)
- Vielleicht eine Checkliste für Entscheidungen, Maßnahmen, Projekte (wie Kruses 12-Punkte-Check) als kleine Münze der großen Strategie.

Sind diese Wünsche / Hoffnungen realistisch ? Was sagen dazu die Erfahrungen aus anderen Bundesländern ?